

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 38.

Charlottenburg, Freitag, den 19. September 1919.

Jahrg. 46.

## Willkommen in Marktrechwitz!

Nach Marktrechwitz werden sich in der kommenden Woche die Vertreter der feinkeramischen Arbeiterschaft Deutschlands mit gespanntem Interesse richten. In diesem Zentrum der oberfränkischen Porzellanindustrie findet in der Woche vom 21. September ab die Generalversammlung statt, die nach unseren Sachungen die höchste Instanz im Verbandsverband bildet. Seit dem Jahre 1911 hat eine solche Versammlung nicht mehr stattgefunden, und was ist in dieser langen Zeitspanne alles geschehen?

In Marktrechwitz sollen aus der Vergangenheit die Lehren gezogen werden, die sich für uns ergeben, sollen die Richtlinien festgelegt werden, die für die nächste Zeit uns den Weg zum Ziele führen werden. Hierbei wird in erster Linie zu prüfen sein, ob die bisher eingeschlagenen Wege die falschen waren oder wir diese auch in Zukunft werden beibehalten müssen, wenn wir uns dem gesteckten gemeinsamen Ziele nähern wollen.

Die politische Umwälzung in Deutschland, die der Weltkrieg herbeiführte, hat ohne Zweifel manche Frage zum Vorschein gebracht, mit der wir uns sonst wahrscheinlich nicht zu befassen hätten. Es sei hierbei nur an die Frage des Räte-systems, an die Sozialisierungsfrage u. a. m. erinnert. Im allgemeinen ist es gerade verwunderlich, wenn ein Teil unserer Mitglieder der Meinung ist, daß der politischen Gleichberechtigung, die der deutschen Arbeiterschaft als reife Frucht der Revolution in den Schoss gefallen ist, nunmehr auch die wirtschaftlich vollkommene Gleichberechtigung unmittelbar auf dem Fuße folgen müsse. Wem der höhere Einblick in die Verhältnisse und Zusammenhänge unseres komplizierten Wirtschaftslebens fehlt, vermag eben nicht zu begreifen, daß die gemeinwirtschaftliche, die sozialistische Wirtschaftsweise als die höhere Form gegenüber der kapitalistischen sich erst entwickeln läßt, wenn die Vorbedingungen dafür geschaffen sind. Es ist, wie bereits gesagt, bis zu einem gewissen Grade verständlich, wenn diejenigen, die unter den gegebenen heutigen Verhältnissen die härtesten Leiden, die Zeit der Entwicklung zu lange dauert, wenn sie vermeinen, es liege nur an dem mehr oder weniger vorhandenen guten Willen der leitenden Personen im politischen und wirtschaftlichen Leben, bis wann wir uns in der sozialistischen Wirtschaftsweise befinden können. Wer aber überzeugt ist, daß die sozialistische Wirtschaftsform das Ende einer langandauernden Entwicklung ist, demzufolge noch für längere Zeit mit den heutigen Verhältnissen zu rechnen ist, der wird mit uns der Auffassung sein müssen, daß die Arbeiterschaft allen Anlaß hat, ihre bewährten wirtschaftlichen Organisationen vollkommen intakt zu erhalten, und mit Hilfe derselben den Aufstieg fortsetzen zu können.

Mögen also die Meinungen in den Fragen, die uns in Marktrechwitz beschäftigen werden, noch so weit auseinandergehen, mag doch so heiß um dieses oder jenes Prinzip gestritten werden, eines dürfen wir in keinem Augenblick vergessen; turmhoch über allen Streitfragen steht als unteilbares und untrennbares Ganzes unsere Organisation, deren Ausbau uns allen ohne Unterschied Herzensache sein muß.

Nach unserer unmaßgeblichen Meinung wird in Marktrechwitz nicht die Frage des Räte-systems, nicht die Sozialisierungsfrage oder sonst eine von den Zeit- und Streitfragen, die gegenwärtig im Vordergrund des politischen Tageskampfes stehen, unsere wichtigste sein. Vielmehr werden wir uns mit ungleich wichtigeren, für unsere Mitglieder außerordentliches Interesse beanspruchenden Fragen zu beschäftigen haben.

In erster Linie sieht da für uns die Frage der Kollektivverträge, die nach unserem Wissen das erste Mal auf einem

Verbandstage in der Form, wie diesmal, zur Erörterung gelangt. Bekanntlich hat die Generalversammlung die endgültige Entscheidung über die zwischen den Vertretern der Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu treffen. Soweit sich einzelne Mitglieder und Zahlstellen bisher in unserem Organ dazu geäußert haben, kann man nicht gerade sagen, daß es den Anschein hätte, als sei diese Frage nach allen Seiten hin ausreichend erwogen worden. Anscheinend ist dabei nur der Maßstab des augenblicklichen ureigensten persönlichen und lokalen Interesses an die wichtige Frage gelegt worden.

In der Frage des Kollektivvertrages handelt es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte gewerkschaftliche Auffassung und Tätigkeit. Wer bisher als Ziel jeder praktischen Gewerkschaftsarbeit den Abschluß von Verträgen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum verfolgt hat, wer da meint, daß solche Vertragspolitik allein imstande ist, einmal Erreichtes dauernd festzuhalten und Neues dazu zu erobern, um damit den stetigen und sicheren Aufstieg der Arbeiterschaft zu stabilisieren, dem wird das bisher von uns Erreichte nicht so mindertwertig erscheinen, als das bisher in der öffentlichen Diskussion geschehen ist. Ein Tarifvertragsverhältnis, in dem das gesamte Lohn- und Arbeitsverhältnis erschöpfend geregelt ist, fehlt uns ja übrigens noch. Vorderhand handelt es sich nur um Lohnvereinbarungen, die allerdings den Kern jedes Tarifvertrages bilden werden. Es ist im Rahmen dieser Zeilen nicht möglich, auf den Komplex von Fragen einzugehen, der hierbei zu erörtern wäre; das wird aber in Marktrechwitz geschehen müssen. Nur so viel sei noch gesagt, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen, die erst in den jüngsten Tagen vereinbart worden ist, von ganz anderen Gesichtspunkten aus beurteilt zu werden verdient, als das von einem Teile unserer Zahlstellen und Mitglieder geschehen ist. Die Mängel, die der getroffenen Vereinbarung anhaften, verkennet niemand weniger als wir, diese können aber an der grundsätzlichen Bedeutung, die diese Frage für uns hat, nichts ändern. Auf die grundsätzliche Seite ist aber bisher noch von keiner Zahlstelle eingegangen worden, am allerwenigsten von denen, die am weitesten in ihrer vernichtenden Kritik gegangen sind.

Eine weitere, für unser ferneres Organisationsleben äußerst wichtige Frage ist die völlige Umformung unseres Verbandsstatuts, die erfolgen muß, wenn den vorliegenden Anträgen entsprochen werden soll. Eine weitgehende Änderung des gesamten Beitrags- und Unterstützungswesens soll erfolgen, eine Reihe von Anträgen liegen vor, die zwar in Form und Inhalt keine finanzielle Bedeutung, aber doch in ihrer Wirkung haben. Aus der Begründung ist in den meisten Fällen schon zu ersehen, daß die Antragsteller sich mit finanztechnischen Erwägungen nicht befassen haben, sondern nur mit idealen und theoretischen Gründen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß in unseren Sachungen manches enthalten ist, das als veraltet, von der Zeit überholt, betrachtet werden kann. Jedoch wird die größte Vorsicht hierbei am Platze sein, wenn verhütet werden soll, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, daß nicht etwas beseitigt wird, ehe man Besseres an die Stelle setzen kann. Die schönsten Ideale und Theorien finden ihre Grenze an der rauhen Wirklichkeit. Der glühendste Idealist vermag aus einem leeren Gefäß nichts mehr herauszuschöpfen. Die unter dem Druck der Verantwortlichkeit stehenden Delegierten werden sehr bald erkennen müssen, daß wohl doch manche Theorie vorläufig noch Theorie bleiben muß, mancher Wunsch der Kollegen nicht erfüllt werden kann. Die Schaffung der Vorbedingungen, unter denen die sogenannte Reformierung

des Statuts erfolgen kann, wird eine der schwierigsten Aufgaben sein, vor die die Generalversammlung gestellt ist.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, werden die Delegierten sich schon zur Abreise nach Marktreudwitz fertig machen. So mancher wird, wenn er nach Schluß der Generalversammlung Marktreudwitz den Rücken kehren muß, bedauern, daß es ihm nicht möglich war, sich in der landschaftlich schönen Umgebung von Marktreudwitz umsehen zu können. Ein Ausflug in die fränkische Schweiz, die per Bahn in wenig mehr als einer Stunde zu erreichen ist, würde manchem eine angenehme Abwechslung bieten. Das schöne Tal der Regnitz mit den verschiedenartigsten Felsenbildungen ist zweifellos eine der schönsten Partien in dem Teile der fränkischen Jura, die als die sogenannte fränkische Schweiz bezeichnet wird. Aber auch die allernächste Umgebung von Marktreudwitz bietet schöne Ausflugsorte. Wir wollen hierbei besonders hervorheben das Felsengebilde der Luisenburg mit ihrem Naturtheater, die Rössleine u. a.

Die Generalversammlungswoche in Marktreudwitz wird eine Woche harter und angestrengtester Arbeit werden, die keinen Raum und keine Zeit übrig lassen wird, die Naturschönheiten des Fichtelgebirges in der Nähe von M. zu genießen. Das Bewußtsein, im Interesse der Gesamtheit der Kollegenschaft nutzbringende, wenn auch anstrengende Arbeit verrichtet zu haben, wird jeden Delegierten dafür entschädigen müssen, daß ihm Zeit zur Erholung nicht geblieben ist.

Die Generalversammlung von Marktreudwitz wird eine der wichtigsten werden, die bisher überhaupt stattgefunden haben. Marktreudwitz wird ein Markstein sein in der ferneren Geschichte unseres Verbandes, wenn die vorliegende Tagesordnung in dem Sinne erledigt wird, wie es das Interesse der Mitglieder erheischt. Daß das letztere der Fall sein wird, daran zweifeln wir keinen Augenblick.

In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten, wünschen ihrer bevorstehenden schweren und verantwortungsvollen Arbeit vollen Erfolg. Willkommen in Marktreudwitz!

### Stichwahl-Resultate.

#### Männer-Wahlgruppen.

6. Wahlgruppe. Gewählt: Richard Ludwig, Pöschappel.  
10. " " Otto Meißel, Volkstede.  
12. " " Otto Kühnlenz, Gotha.  
13. " " Arthur Erdmann, Ilmenau.  
16. " " Otto Müller, Rasthütte.  
17. " " Josef Nagel, Köln.  
22. " " Oskar Schramm und Rudolf Höfer, beide  
Selb.  
26. " " Paul Berger, Königszelt.

#### Frauen-Wahlgruppen.

2. Wahlgruppe. Gewählt: Ida Braumann, Neuhaldensleben.  
12. " " Babette Siegelberger, Weiden.

Geprüft und für richtig befunden:

#### Die Verbandsrevisoren:

Paul Feller, Otto Henning und G. Bauerschmidt.  
Charlottenburg, den 10. September 1919.

### Zur nochmaligen Erwiderung.

Die Zahlstelle Karlsruhe verwahrt sich in letzter Nummer der „Ameise“ dagegen, daß ich sie in meiner Kritik zu § 5 des Raivertrages eine „junge Zahlstelle“ nenne, und setzt bei mir Unwissenheit der Verbandschronik voraus.

O nein. Ich weiß, daß die dortige Zahlstelle seit knapp drei Jahren vor dem Kriege mit zirka 20 Mitgliedern existierte. Gewiß eine bescheidene Mitgliederzahl bei ungefähr 80—90 Beschäftigten im Betriebe.

Ich mache ihnen jedoch daraus keinen Vorwurf, sah es doch an manchen anderen Orten noch schlechter aus.

Im 1. Quartal 1915 verfiel sie der Auflösung, um Anfang dieses Jahres mit 9 alten und 49 neu gewonnenen Mitgliedern wieder ins Leben zu treten.

Aber auf Grund des Vorstehenden sie eine alte Zahlstelle nennen zu wollen, wohl zuviel verlangt. Sie legt ja denn auch selbst weniger Wert darauf, indem sie sagt, daß nur „der Geist der Arbeit herrscht, maßgebend sein muß“.

Ich betone nur, daß der heilige Geist ziemlich spät in diese Zahlstelle hineingekommen ist.

Die Karlsruhe'ner nehmen für sich in Anspruch, daß gerade ihre Ansicht über den § 5 jedem denkenden Menschen klar sein müßte, und folgern daraus, daß ich mich in die jetzige Lage der Arbeiterschaft nicht hineindenken kann.

Ich kann der Zahlstelle jedoch versichern, daß wir uns bei Fassung dieses Paragraphen völlig im Klaren waren, und m. E.

besser, als die Karlsruher jetzt noch sind, trotz der diesbezüglichen Artikel der G. Tobias und Bredow in Nr. 35 der „Ameise“, die sie übrigens mit keinem Wort eingehen. Sie fragen mich dann zu tun sei, wenn der von mir vorgeschlagene gültig von dem ich übrigens gar nicht gesprochen habe, versagt.

Hier scheint sie der gute Geist, dessen sie sich rühmen, zu verlassen, und ein böser Geist scheint sie im Kreis herumzu-

Die nun beginnende Generalversammlung wird sich ein auch mit diesem Paragraphen beschäftigen, und das noch stehende Urteil wird für alle, auch für die Karlsruher maßgebend sein müssen.

Hiermit dürfte für mich diese Angelegenheit als erledigt gelten. U. W. E.

### Aus unserm Berufe.

Hermisdorf. Das hiesige „Tageblatt“ brachte nachfolgende Notiz: Bekanntlich haben die Beamten der gesamten Porzellanindustrie Deutschlands den Unternehmern einen Tarifvertrag überreicht, der darauf hinausgeht, die jetzige traurige Lage der Beamten erträglich zu machen. Obwohl die Unternehmern den die Beamten vertretenden Berufsverbänden mehrfach gefordert wurden, zu dem überreichten Tarif Stellung zu nehmen, sind Verhandlungen darüber zu beginnen, hat man sich bis heute nicht gerührt. Die Verbitterung der Beamten wächst aus diesem Grunde von Tag zu Tag. Man ist übereinstimmend der Meinung, daß nach Möglichkeit eine gütliche Regelung der Angelegenheit folgen muß, ist aber, da die Unternehmer die Verhandlungen übermäßig hinauszögern, gewillt, wenn nötig, den Abschluß des Tarifes mit dem äußersten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, beschleunigen. — Auf Anregung des Gewerkschaftskartells in Hermisdorf, dem auch die Ortsgruppe des Bundes der technischen Arbeiter und Beamten angehört, wurde am Dienstag, den 2. September, eine Sitzung anberaumt, an der der Angestellten- und Arbeiterausschuß der Porzellanfabrik Hermisdorf, sowie der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Angestellten der Porzellanindustrie Deutschlands, Abteilung Mitteldeutschland II, teilnahmen. In der Hauptsache wurde die Frage behandelt, wie sich die Arbeiterschaft im Falle eines Machtkampfes verhalten sollte. Es zeigte sich, daß sowohl auf der Arbeiter- als auch auf Angestelltenseite der gute Wille zur Verständigung vorhanden war. Wenn trotzdem von einigen Arbeitervertretern ein scharfes Wort über die Beamtschaft gesprochen wurde, ist darauf zurückzuführen, daß sie bisher in manchen Fällen gemeinsam mit dem Arbeitgeber den Arbeiter drückten. Tatsächlich es ja so, daß der Angestellte in vielen Fällen billiger arbeitete als der Arbeiter, also ein Dasein führte, was nicht gerade verwerflich war. Statt nun seine ganze Macht zur Verbesserung seiner Lage aufzuwenden, hat er sich in manchen Fällen bereit finden lassen, Arbeiter bei wirtschaftlichen Forderungen zu bekämpfen. Die alten Sünden sollen in Zukunft vergessen sein und Arbeiter und Angestellte wollen sich zum gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum zusammenschließen. Ein Arbeitervertreter wies besonders darauf hin, daß dies nicht gleichbedeutend sei mit einer freundschaftlich-kollegialen Verhältnis zwischen Angestellten und Arbeiter, denn der Angestellte, soweit er Arbeiter zu beauftragen habe, sei immer Vorgesetzter und als solcher zu achten. Es andererseits aber sowohl Angestellte als auch Arbeiter Unternehmern, welche dem Arbeitgeber gegenüber geschlossen aufzutreten müßten. Trotzdem könne und soll der Angestellte Vertreterperson des Unternehmers sein in Bezug auf Fabrikation und Geschäftsführung. — Die Beteiligung an der Aussprache war lebhaft. Von den Arbeitervertretern wurde die Zusage abgegeben, daß sie einen Machtkampf zwischen Unternehmertum und Angestellten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zugunsten der Angestellten beeinflussen würden. Mit dem Wunsche einer engeren guten Zusammenarbeit wurde die Sitzung geschlossen.

Hornberg. Am Sonntag, den 17. August cr., unternahm die hiesige Zahlstelle einen Ausflug über Föhrenbühl nach Schramberg. Der Zweck dieser Tour, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, wurde erreicht, nämlich die Fühlungnahme mit den Kollegen im Bezirk. Die Kollegen der Zahlstelle Schramberg waren uns bis Lauterbach entgegen gegangen. Nach einer kleinen Erholungspause ging es gemeinschaftlich weiter, bis wir uns im Bahnhofsrestaurant in Schramberg niederlassen konnten. Die Schramberger Kollegen hatten für einen reichlichen Mittagstisch gesorgt, auch gaben sie sich sonst die größte Mühe, uns die wertvollen Stunden des Beisammenseins so angenehm als möglich zu machen. Der Vorsitzende, Kollege Halter, richtete an die Anwesenden eine kleine Ansprache, in der er die Notwendigkeit und den Nutzen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses besonders hervorhob.

## Vermischtes.

**Der chemische Mensch.** Auf die Frage: Woraus besteht der Mensch? gibt ein amerikanischer Chemiker in der Zeitschrift „Electrical Experimenter“ folgende Antwort: Ein Mann, der 150 (englische) Pfund wiegt, enthält ungefähr 3500 Kubikmeter Gas — Sauerstoff, Wasserstoff und Stickstoff — die als Gaslicht Beleuchtung für etwa 12 W. liefern würden. Ferner enthält er Fett für 10 Pfund Lichte, die zusammen mit dem Gase eine bedeutende Beleuchtungsmöglichkeit gewähren würden. Sein Körper enthält 10 Unzen Kohle oder genug zur Anfertigung von 1000 Bleistiften (9360 Stück). Weiter hat er ungefähr 1 Gramm Eisen im Blut, und der übrige Körper enthält Eisen zur Anfertigung eines Hakens, der das Gewicht seines Körpers tragen könnte. Ein gesunder Mann enthält 54 Unzen Phosphor. Dieses starke Gift genügt für 800.000 Zündhölzer oder 500 Personen zu vergiften. Dies und zwei Unzen Kalk sind was Knochen und Hirn bildet. Wie sauertöpfisch ein Mann aussehen mag, er enthält doch etwa 50 Stück Zucker gewöhnlicher Größe. Und als weiteres Gewürz hat er etwa 20 Eßlöffel Salz in seinem Körper. Wenn man das Wasser auspressen würde, er enthält, würde man ungefähr 38 Quart oder mehr als das Körpergewicht erhalten. Ferner enthält er ein gut Teil Natrium, Pottasche, Magnesium usw.

**Ein Schiedsspruch gegen Unorganisierte.** Die dem Arbeiterschutzbund für das Deutsche Holzgewerbe angeschlossenen Leuerungsfabrikanten weigerten sich, einer Gruppe von Arbeitern Leuerungszulagen zu zahlen, die zentral vereinbart waren. Begründeten ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß diese Gruppe nicht Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes war. Die Arbeitnehmer vertraten die Ansicht, daß für alle Beschäftigten der für die Holzindustrie zuständigen Betriebes die Vereinbarung Geltung hätte, insbesondere dort, wo der Arbeitgeber Mitglied des Schutzbundes ist. Eine Zugehörigkeit zu einer Organisation sei nicht erforderlich.

Das Einigungsamt, unter dem unparteiischen Vorsitz von Richter Rat Schulz, fällt am 29. August 1919 im Berliner Oberverwaltungsgericht folgenden Schiedsspruch:

„Da der in Betracht kommende Tarifvertrag von den beiderseitigen Organisationen für ihre Mitglieder geschlossen ist, und von Arbeitnehmerseite nur von den drei Holzarbeiterorganisationen für Mitglieder, haben die Arbeitgeber die in der Vereinbarung vom 13. Juni 1919 festgelegten Leuerungszulagen und sonstigen Beiträge nur denjenigen zu zahlen, die Mitglieder einer der drei tragenden Holzarbeiterorganisationen sind, und zwar vom Tage ihres Eintritts.“

Nach diesem Einigungsamtspruch haben die Unorganisierten kein Anrecht auf die Ertragszuschüsse der Verbände. Dieser Schiedsspruch hat für die gesamte Arbeiterschaft ein Interesse und dient die weitgehendste Verbreitung.

## Versammlungsberichte.

**Brambach.** Am 31. August fand hier die erste Porzellanerversammlung statt, zu der das Personal der hier allein bestehenden Porzellanfabrik fast vollständig erschienen war. Nach einem Vortrag des Kollegen Hahn, Grünhain, an Stelle des verhinderten Gauleiters Martin Hirsch schlossen sich alle Teilnehmer dem Porzellanarbeitsverband an. — Die am anderen Tage gepflogenen Verhandlungen mit Betriebsleitung unter Hinzuziehung des gesamten Arbeitspersonals ergaben unter dessen Zustimmung zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft. ist also auch in Brambach der Porzellanarbeitsverband eingetreten und die Arbeiterschaft hat ihren ersten Erfolg zu verzeichnen. Euch, Kolleginnen und Kollegen, ist es nun, die Erfolge auszuweiten und zu erhalten, Eure Rechte, erzielt durch die anerkannten Vereinbarungen zwischen den Unternehmervereinigungen und dem Porzellanarbeitsverband, auch für Euch wirksam zu machen. — Erkennt auch Eure Pflicht nicht nur gegen Euch selbst, sondern auch der Gemeinschaft gegenüber, indem ihr mitbestrebt seid, Euren Teil dazu beizutragen, daß aus kleinen Anfängen ein Großes entsteht, anlehnd an den Wahrspruch am Kopfe unserer „Ameise“: „Immer strebe zum Großen, und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an“.

**Frankfurt a. M.** Die am 20. August stattgefundenen außerordentlichen Delegiertenversammlung war gut besucht, obwohl es ja immer noch verschiedene Mitglieder nicht für nötig befinden, allmonatlich einmal zu erscheinen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: Punkt 1: Stellungnahme zu den Anträgen des Vorstandes. 2. Wahl der Delegierten. Zu Punkt 1 erhob sich der Kollege Apel, Berlin. Er nahm in einstündigem Vortrag Stellung zu den Anträgen des Vorstandes. Diese sind, im Gegensatz zu früher, sehr weitgehend und werden wohl, seiner Meinung nach, zum größten Teil auf der Generalversammlung angenommen werden. Besonders Gewicht legte er auf das Räteystem, das er verworfen, denn gerade das Räteystem komme für uns in Frage. Der Referent empfahl den Zug nach links. Diese Richtung vermissen wir oft in der „Ameise“, er hoffe aber, daß die kommende Generalversammlung so zusammenkommt, daß sie unserer heutigen Richtung entspricht. Eine Anfrage, wie sich Kollege Apel zur Akkordarbeit

stellt, erläuterte er dahingehend, daß diese Frage dauernd in Fluß bleibt und momentan auch Verhandlungen über Festsetzung von Mindestlöhnen stattfinden. In der Verschmelzungsfrage ist unser Verband schon 1913 sehr entgegenkommend gewesen und liege das Gemüß nicht an uns. In den vor kurzer Zeit stattgefundenen Generalversammlungen der Töpfer und Glasarbeiter ist leider von der Verschmelzung keine Rede mehr gewesen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Kollegen Apel einverstanden, welches auch die darauf erfolgte Wahl bestätigte. Kollege Apel wurde einstimmig gewählt. Sämtliche anwesenden weiblichen Mitglieder gaben ihre Stimmen dem Kollegen Red, Teltow. Zum Schluß dankte Referent für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt, im Interesse unserer Mitglieder auf der Generalversammlung wirken zu wollen. Wir können unserer Meinung nach den Kollegen in Rheinsberg, Vordamm und Kolmar erklären, daß Kollege Apel auch zu ihrer Zufriedenheit auf der Generalversammlung wirken wird. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung um 10¼ Uhr. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 50 Mitgliedern.

**Freiberg.** Die Versammlung vom 3. d. M. war fast vollständig besucht. Der Vorsitzende erläuterte den abgeschlossenen Lohnvertrag, der aber von der Versammlung mit großer Entrüstung zurückgewiesen wurde. Es wurde verlangt, daß dieser Tarif sofort wieder gekündigt wird. In der jetzigen Zeit mit einem Stundenlohn von 1,30 Mk. bis 1,65 Mk. auszukommen, sei eine Kunst, die uns erst vorgemacht werden müsse. Der Tarif bringt für unsere Mitglieder gar keine Vorteile, dem größten Teile der Mitglieder ist er ganz unverständlich.

Mit dem Absatz 8 des Tarifes werden wir hier jederzeit zu rechnen haben, weil es einige Meister sehr gut verstehen, den Lohn des Arbeiters möglichst niedrig zu halten. In erster Linie trifft dies zu beim Lageristen Zahn, auf dessen Praktiken die Firma schon wiederholt vom Arbeiterausschuß aufmerksam gemacht wurde. Bei dem neuernannten Meister Uhlemann bilden sich im Masseneller schlimme Zustände heraus. Wenn die Meister etwa meinen, die Zustände wieder einführen zu können, die vor dem Kriege bestanden haben, werden sich diese sehr irren. Den Arbeitern raten wir zunächst, den Zusammenhalt nicht lockern zu lassen, so daß Unzulänglichkeiten und Uebergriffe der Meister sehr bald zurückgewiesen werden können.

**Oschag.** In der am 15. August stattgefundenen Versammlung rügte der Vorsitzende zunächst die geringe Beteiligung der Mitglieder an der Versammlung und verlas darauf die Tagesordnung. Punkt 1: Die Richtigkeit des Protokolls wurde festgestellt. Punkt 2: Als Delegierter zur Generalversammlung wurde einstimmig durch Wahlzettel Kollege M. Ortel, Thumirnicht, gewählt. Punkt 3: Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß die Zahlstelle pro Vierteljahr und Mitglied 15 Pf. für das Kartell, 15 Pf. für die Bibliothek und 15 Pf. für die Jugend abzuführen habe, fand keinen Widerspruch. Ebenfalls wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, für die Kassiererin statt bisher 4 Proz. 5 Proz. Entschädigung infolge der jetzigen allgemeinen Leuerung zu bewilligen, einstimmig angenommen. Ferner wurde auf den unbedingten Beitritt der noch nicht organisierten und den Uebertritt der noch in anderen Verbänden organisierten hingewiesen. Punkt 4: Als nächster Versammlungstag wurde der 19. September festgesetzt. Außer einigen Betriebsfragen und der Anregung eines kleinen Vergnügens, das jedoch infolge des Anscheines zu geringer Beteiligung vorläufig wieder fallen gelassen wurde, schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung. Alfred Heide, Schriftführer.

**Wallhausen.** Bericht über die am 2. September 1919 stattgefundenen Monatsversammlung. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlung beim Schlichtungsausschuß. 2. Verschiedenes. Am 30. Juli verhandelte der Fabrikausschuß und Gauleiter Karl mit der Firma Ch. Carsten wegen des vom Arbeitgeberverband und vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen festgesetzten Zuschlages von 30 Proz. auf den Grundlohn, Urlaub und anderer Punkte. Nach längerer Verhandlung mußte dieselbe abgebrochen werden, da keine Einigung zu erzielen war. Nun waren wir gezwungen, den Schlichtungsausschuß anzurufen, um die Sache in Ordnung zu bringen. Die Verhandlung mit dem Schlichtungsausschuß fand am 29. August in Sangerhausen statt, welche in betreff der 30 Proz. Zuschlag zu unseren Gunsten entschieden wurde. Bei Punkt Urlaub stellte sich der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses auf einen Standpunkt, daß wir nicht mehr weiter verhandeln. Unsere Vertreter vom Fabrikausschuß sprachen den Arbeitervertretern beim Schlichtungsausschuß ihr Mißtrauen aus. 2. Unter Verschiedenem kam der Urlaub zur Sprache. Derselbe wird von den Arbeitern und nicht von der Firma festgesetzt. Zu wiederholten Malen ist bei der Firma um einen Zuschuß zu den Schwämmen angehalten, es ist aber jedesmal abgelehnt worden. Sogar die in Tagelohn Arbeitenden müssen ein Drittel bezahlen. Weiter wurde die Lohnzahlung durchgenommen, da es ganz ungebührig ist, Mittwoch schon zu verrechnen und dann noch 25 Proz. stehen lassen; wir verlangen jeht, entweder Freitagabend Abrechnung oder den Lohn ohne Abzug. Bei Ablehnung unserer Forderungen werden wir weitere Schritte unternehmen. Nachdem noch auf festen Zusammenschluß und zahlreichen Versammlungsbesuch hingewiesen wurde, schloß der Vorsitzende um 5½ Uhr die Versammlung.

## Literarisches.

Vom „Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz“ von Rudolf Wiffell ist bei der Buchhandlung Vorwärts in Berlin gerade rechtzeitig zur bevorstehenden Steuerberanlagung eine neue Auflage erschienen und dürfte allen denen willkommen sein, die eine Nachprüfung ihrer Veranlagung auf ihre Richtigkeit und eine Reklamation gegen eine eventuelle unrichtige Veranlagung vornehmen wollen. Für die gute Eignung des Buches in der Praxis spricht die bisherige Auflagenziffer (48.000). Der Preis beträgt 1 Mk.

